

Ressort: Politik

Asselborn: SPD soll Regierungsverantwortung übernehmen

Berlin, 30.01.2018, 01:00 Uhr

GDN - Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn fordert die SPD auf, in einer Großen Koalition Regierungsverantwortung zu übernehmen. "Wenn die SPD im größten EU-Land in der Regierung sitzt, würde das auch den sozialdemokratischen Parteien in Europa einen Schub geben. Es würde einfacher am Verhandlungstisch in Brüssel, eine sozialere Politik in der Europäischen Union durchzusetzen", sagte der Sozialdemokrat aus Luxemburg der "Welt" (Dienstausgabe).

Die Mitarbeit in der Großen Koalition könne für die SPD eine "echte Chance sein, wieder nach vorne zu kommen". Darum sollten die Sozialdemokraten auch wieder erneut Regierungsverantwortung übernehmen. "Die SPD kann dann zeigen, dass sie für die einfachen Menschen etwas bewegen und mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen kann", so Asselborn. Über die anhaltende Schwäche sozialdemokratischer Parteien in Europa sagte Asselborn: "Die Sozialdemokraten mussten europaweit Reformen mit vertreten, die häufig finanzielle Abstriche und den Abbau sozialer Errungenschaften bedeuteten. Zur gleichen Zeit wurden die Reichen immer reicher. Die Sozialdemokratie befindet sich in einer Delle." Seine Partei müsse künftig wieder mehr für eine gerechte Einkommensverteilung tun. Mit Blick auf die geplante Neubelebung des Dialogs zwischen der EU und der Türkei und die Forderungen Ankaras nach konkreten Ergebnissen sagte Asselborn: "Ich sehe nicht, dass in diesem Jahr die Beitrittsverhandlungen wiederaufgenommen werden, eine Visaliberalisierung eingeführt oder eine Erweiterung der Zollunion realisiert werden kann." Die Türkei müsse ihre Politik grundsätzlich ändern und große Schritte in Richtung Demokratie machen. "Unter diesem Präsidenten und unter den heutigen Bedingungen ist ein EU-Beitritt der Türkei nicht möglich." Hinsichtlich des Nahost-Friedensprozesses forderte der Minister deutlich engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Europäern und Palästinensern: "Ich halte es für sinnvoll, möglichst bald ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Palästina abzuschließen. Das würde europäische Direktinvestitionen fördern, neue Handelsmöglichkeiten eröffnen und Arbeitsplätze in wirtschaftlich problematischen Gebieten wie Gaza schaffen." Ein solches Abkommen wäre "ein Signal der Unterstützung" für die Palästinenser.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101360/asselborn-spd-soll-regierungsverantwortung-uebernehmen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619